



Daniela Wagner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 72344

Fax 030 227 – 76344

E-Mail: daniela.wagner@bundestag.de

Berlin, 17.06.2011

Regierung kennt die Konsequenzen der Kürzungen der Städtebauförderung und des Programms Soziale Stadt nicht

Das Quartiersprogramm BIWAQ - Bildung, Wirtschaft und Arbeit im Quartier geht in die 2. Runde, die Projektauswahl ist seit letzter Woche abgeschlossen. Die Wiederauflage des erfolgreichen Programms kann aber nicht über die weit größeren Kürzungen der Bundesmittel für benachteiligte Stadtteile hinweg täuschen. Das erfolgreiche Bund-Länder-Programm Soziale Stadt wurde im Bundeshaushalt 2011 erheblich gekürzt und inhaltlich entkernt. Das Programm diente dem sozialen Zusammenhalt in benachteiligten Stadtteilen in Städten und Gemeinden. Durch die Kürzung stehen viele Projekte vor dem Aus. Nicht-bauliche Maßnahmen, nämlich Stadtteilprojekte rund um Bildung, Arbeit, Jugend und Integration mit und ausgehend von QuartiersbewohnerInnen, können seit diesem Jahr gar nicht mehr begonnen werden.

Die Grüne Bundestagsfraktion hat in einer Kleinen Anfrage die Bundesregierung nach den Wirkungen der Kürzungen im Programm Soziale Stadt gefragt. Außerdem baten wir um Auskunft zur Problematik, dass parallel auch Maßnahmen der Arbeitsförderung im Haushalt des BMAS gekürzt wurden. Denn so sind Arbeitslose, die in Soziale Stadt Quartieren überrepräsentiert sind, doppelt von der Kahlschlag-Politik der Bundesregierung betroffen. Länder, Kommunen und Verbände hatten besorgt und mit Widerstand reagiert, selbst das Urteil mehrerer CDU und CSU Bürgermeister und Führungskräfte fällt vernichtend aus.

Daniela Wagner, Sprecherin für Wohnungspolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen:

„Es ist frappierend: die Bundesregierung kennt die Wirkungen ihrer Kürzungen im Programm Soziale Stadt auf die Projektlandschaft in benachteiligten Stadtvierteln nicht. Sie erkennt auch keinen Zusammenhang zwischen parallelen Kürzungsgorgien im Ressort Arbeit, die die Entwicklung benachteiligter Quartiere sowie die individuellen Verhältnisse ihrer Bewohner verschlechtern. Sie lehnt die Verantwortung für die Kürzungen ab, obwohl sie die Entscheidung stets mit Zustimmung begleitet hat und für die Ausgestaltung der Programme selbst zuständig ist. Es reicht nicht, auf noch bestehende gute Programme wie BIWAQ zu verweisen, die zum großen Teil EU finanziert sind.“



Daniela Wagner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 72344

Fax 030 227 – 76344

E-Mail: daniela.wagner@bundestag.de

Die Bundesregierung tut im gleichen Atemzug die Ansicht kund, dass die Städtebauförderung integrierter ressortübergreifender und stärker in Richtung gesellschaftlichen Zusammenhalt ausgestaltet werden muss, und zwar stärker als bisher mit Partnern aus Wirtschaft und Gesellschaft. Jetzt müssen diesem Ansinnen auch Taten folgen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die der eigenen Strategie entgegenstehenden Auswirkungen zur Kenntnis zu nehmen. Sie muss im Rahmen der Haushaltsberatungen auf die Wiederherstellung des Programms Soziale Stadt und die Fortführung der Städtebauförderung auf dem Niveau von 2010 drängen.“

Julia Gerometta

Ref. Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung

T. 227 51114, julia.gerometta@gruene-bundestag.de